

Valutafragen.

Die Entwertung unserer Valuta, die in der täglich fortschreitenden Teuerung ihren sichtbaren und für jedermann fühlbaren Ausdruck findet, beschäftigt naturgemäß sehr intensiv alle politischen und wirtschaftlichen Faktoren. Ministerpräsident v. Seidler und namentlich Finanzminister Freiherr v. Wimmer haben sich in ihren jüngsten Reden im Parlament eingehend mit dieser Frage befaßt; leider haben sie kein wirksames Mittel angeben können, mit dem diesem Uebel noch während des Krieges beizukommen wäre. Einfuhrbeschränkungen und Sparmaßnahmen, so sehr sie an und für sich berechtigt sind, haben die wachsende Inflation nicht aufzuhalten vermocht, und die in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten empfohlene Ausgabe von Schatzscheinen zur staatlichen Geldbeschaffung statt der Aufnahme von Darlehen bei der Notenbank dürfte kaum an diesen Verhältnissen etwas ändern. Schon jetzt werden die überschüssigen Noten in Form von Vorschüssen der Banken der Regierung zur Verfügung gestellt. Sehr Geldbedarf ist aber konstant so groß, daß sie mit diesen Vorschüssen das Auslangen nicht finden kann, sondern immer wieder an die Notenpresse appellieren muß. Neben ausgiebigen Steuern, die aber im Kriege kaum eingeführt werden können, wäre wohl ein wirksames Mittel, den Notenumlauf zu beschränken, den Militärbedarf durch teilweise Bezahlung in Bonds zu befriedigen, die erst einige Zeit nach Friedensschluß einlösbar wären. Dieses Mittel dürfte aber einem schwer zu überwindenden Widerstand, namentlich bei den landwirtschaftlichen Produzenten, begegnen.

Die Entwicklung der Währungsverhältnisse in Oesterreich-Ungarn bildet auch den Gegenstand lebhafter Erörterungen außerhalb der Grenzen der Doppelmonarchie. Namentlich im verblindeten Deutschland wird diese Frage von Praktikern und Theoretikern sehr eingehend behandelt, wobei aber nicht etwa das theoretische, sondern ein sehr erhebliches materielles Interesse die Hauptrolle spielt. Bekanntlich haben die Regierungen Oesterreichs und Ungarns im Laufe des Krieges fortgesetzt Valutaanleihen in Deutschland kontrahieren müssen, die zur Bezahlung von Bezügen von Lebensmitteln und Kriegsbedarfsartikeln in Deutschland und teilweise auch im neutralen Ausland zu dienen hatten. Im Anhang zum jüngsten österreichischen Finanzgesetz wird die Summe dieser Anleihen für Oesterreich allein bis zum 30. Juni 1917 mit rund 2 Milliarden Mark angegeben. Dem Quotenverhältnis entsprechend dürften die Valutaanleihen Ungarns in Deutschland bis zu dem genannten Zeitpunkt die Höhe von etwa einer Milliarde Mark erreicht haben. Dazu kommen noch private kurzfristige Schulden, meist von österreichischen und ungarischen Banken oder Großindustrien in Deutschland aufgenommen. Es dürfte daher nicht zu hoch gegriffen sein, wenn die Zeitschrift Mitteleuropa in ihrer jüngsten Nummer die kurzfristige Verschuldung Oesterreich-Ungarns an Deutschland auf mehr als 4 Milliarden schätzt. Im Verhältnis zu unserer gesamten Kriegsschuld ist dieser Betrag wohl nicht allzu hoch, aber absolut genommen, ist er hoch genug, um Deutschland, insbesondere wegen der Kurzfristigkeit der Verpflichtungen, einen maßgebenden Einfluß auf die Frage der Wiederherstellung der Kronenwährung zu sichern.

Daß ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis in einer der wichtigsten Lebensfragen des Staates für die im Zuge befindlichen wirtschaftlichen Verhandlungen nicht geradezu förderlich ist, dürfte wohl ohne weiteres einleuchten. Es ist daher das Bestreben aller jener politischen und wirtschaftlichen Kreise, die auf ein inniges wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hinarbeiten, diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Als wirksamstes Mittel hierzu wird in erster Linie die Konsolidierung der schwebenden Schulden der Monarchie an Deutschland anzu sehen. Um jedoch eine solche durchzuführen zu können, müßte in erster Linie die verfehlte Politik der deutschen Bankwelt gegenüber der Krone aufgegeben werden. Unter formaler Berufung auf die sehr scharfe Devisenordnung verweigern nämlich die deutschen Banken und Wechselstuben in großen Städten die Einlösung auch noch so geringfügiger Kronenbeträge. Solange dies geschieht, werden sich schwerlich in Deutschland Käufer für eine große österreichisch-ungarische Konsolidierungsschleife finden, deren Schaffung ebenso im Interesse der Schuldnerstaaten Oesterreich und Ungarn, wie auch des Gläubigerstaates Deutschland gelegen ist.